

Abonnements
werden beim Verlag und dessen
bekanntem Agenten entgegen-
genommen, und zwar zum
voraus zahlbaren
Bierjahrespreis von:
Mk. 4,40 für Deutschland (direkt
per Brief-Konvert)
Mk. 4,75 für Oesterreich (direkt
per Brief-Konvert)
Mk. 5, — für alle übrigen Länder
des Weltpostvereins (Kreuzband).

Insertate
die dreispaltige Zeitspalte
3 Pence — 25 Pfg. — 30 Sil.

Der Sozialdemokrat

Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge.

Ersteinst
wöchentlich einmal
in
London.
Verlag
der
German Cooperative Publishing Co.,
E. Bernstein & Co., London N. W.,
114 Kentish Town Road.
Verfassungen
franko gegen franks.
Geldbriefe
nach England kosten Doppelporto.

N. 51.

Briefe an die Redaktion und Expedition des in Deutschland und Oesterreich verbotenen „Sozialdemokrat“ wolle man unter Beobachtung äußerster Vorsicht abgeben lassen. In der Regel schickt man uns die Briefe nicht direkt, sondern an die bekannten Adressen. In zweifelshaften Fällen eingeschrieben.

16. Dezember 1888.

Parteigenossen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Zur rechtzeitigen Kenntnisaufnahme.

Bei Quartalschluss müssen
sämtliche Briefabonnements
vorausbezahlt sein.

Belastungen auf Conto-Inhaber finden also nicht statt.
Allen Bestellungen auf direkte oder indirekte Brieflieferung
ist ohne jede Ausnahme die volle Barzahlung
beizulegen.

Die direkten Briefabonnements sind künftig für's
ganze Jahr voranzuzahlen, sofern von uns nicht
andere Abkommen vereinbart sind.

Alle nicht ausdrücklich wiederbestellten Brief-Abonne-
ments werden mit Jahreschluss gesperrt.

Ersatz für Versandverluste liefern wir nur gegen
Einsendung des Porto bei Reklamationen.

Wo anderweitige Bezugsgelegenheit geboten ist, sind
Brief-Abonnements unzulässig.

Einzel-Kreuzbandsendungen ins Ausland
sperrten wir mit Quartalschluss, sofern Neubestellung
und Geld bis dahin ausbleiben.

Für die Schweiz

erhöht sich mit Beginn 1889 der vierteljährliche
Abonnementspreis auf

Fr. 2,25 pro Exemplar,

da der Ein-Klappen-Porto-Aufschlag, sowie die Zu-
lässigkeit von Post-Abonnements nur in der Schweiz
herausgegebenen Blättern zukommt.

Die Schriften-Filiale der „Arbeiterstimme“ in Zürich,

Jähringerstraße 19,

trägt also fortan diejenigen bisherigen Abonnenten, welche
unser Blatt nicht abbestellen, auch für das laufende Quartal
vor und erhebt sofort nach Ausgabe von Nr. 1 1889 Nach-
nahme, sofern die betreffenden Abonnementsbeträge nicht
zuvor eingesandt wurden.

London, im Dezember 1888.

Die Administration & Expedition des „Sozialdemokrat“.

Posteinzahlungen

an unsere Geschäftsfiliale treffen noch immer hier ein, ohne die
von uns wiederholt dringend verlangte briefliche
Mittheilung der Absendernamen.

Man mache alle derartige Posteinzahlungen stets
zahlbar Kentish Town Road Post-Office.

Die Absender von der Posteinzahlung hierher gerichteten
M. 10. — vom 14/11. und M. 18. — vom 21/11. werden
hiermit benachrichtigt, daß das Geld zurückgeht, dafern sie
uns nicht sofort die Namen mittheilen, unter denen die Einzahlung
erfolgt ist.

Ohne Meldung der Absendernamen an uns kann
kein Geld bei der hiesigen Post gehoben werden.

Bei Sendungen jeder Art aus Amerika füge man auf der
Adresse stets bei: „London in England“, da es auch in Amerika
ein London gibt.

Genaue Adresse:

German Cooperative Publishing Co.
E. Bernstein & Co.

114 Kentish Town Road, London, N. W. (England.)

Außer Hand und Band.

In der großen Politik geht's wieder einmal brunter und
drüber. Wenn nicht jeden Augenblick der Krieg ausbricht, so
ist es wahrhaftig nicht das Verdienst der Staatsmänner, denen
die Völker die Sorge für ihre Ruhe und Sicherheit — wir
sagen nicht anvertraut, das Wort würde in den meisten Fällen
nicht zutreffen, wohl aber in sträflichem Leichtsinne über-
lassen haben. Diese Herren haben vielmehr ihr Redlichstes
gethan, die Kriegsjurie heraufzubeschwören, und dieselbe würde
längst ihren schrecklichen Tanz eröffnet haben, wenn nicht, zum
Glück für die Völker, ein mächtiger Faktor sie im Zaume
hielte: die Angst. Es klingt wie eine paradoxe Redensart,
und doch entspricht es nur der wirklichen Sachlage: nicht die
Macht, die Ohnmacht der Diplomatie ist es, der
Europa in diesem Augenblick den Frieden verdankt.

Käme es auf die Erfolge oder Niederlagen der Diplomatie
an, so hätte eigentlich in diesen Tagen die Katastrophe ein-
treten müssen. Denn das unterliegt doch keinem Zweifel, daß
das famose mitteleuropäische „Friedensbündniß“ zwischen
Deutschland, Oesterreich und Italien in den letzten Tagen Stöße
erlitten hat, von denen es sich schwerlich wieder erholen wird,
wenn es auch auf dem Papier noch ein Scheindasein fortführt.
Von Italien kann man gradezu sagen, daß es für den
„Friedensbund“ kaum noch zählt, die Agitation gegen seine
Betheiligung an demselben ist so stark im Lande, daß es für
die Regierung Sumbert's ein sehr gefährliches Spiel wäre,
dem erklärten Willen so großer Volksmassen direkt entgegen-
zuhandeln.

Nach Allem, was die Bismarck'schen Reptile uns bisher
von dem großartigen Einfluß des „Friedensbundes“ erzählt
wie wir durch ihn Frankreich und Rußland abgehalten wur-
den, vereint über Deutschland herzufallen, hätte somit diese
Eventualität jetzt eintreten müssen. Es ist nicht geschehen.
Es fällt uns nicht ein, daraus ohne Weiteres Schlüsse auf die
Friedensliebe des offiziellen Rußland oder Frankreich her-
leiten zu wollen, wohl aber ergibt sich daraus der Beweis,
daß die Wirkungen, welche dem „Friedensbund“, der hoch-
gepriesenen Tripelallianz, zugeschrieben worden, mit dieser gar
nichts zu thun haben. Dieselben haben ganz andere Ursachen.

Der Stand der Rüstungen in den großen Staaten Europas
ist heute ein solcher, daß aller Voraussicht nach ein zwischen
ihnen ausbrechender Krieg ganz unwerth viel Opfer an Men-
schen und Geld verschlingen wird, rasche, entscheidende Erfolge
aber gradezu ausgeschlossen sind. Wer das weiß, und das
sind grade die Regierungen, der hütet sich, was er kann, die
Verantwortung für einen Krieg auf sich zu laden, d. h. die
direkte, augenfällige, wie sie sich aus einer Kriegserklärung
ergibt. Denn es ist zehn gegen eins zu wetten, daß wenn die
schnellen Erfolge ausbleiben, der betreffenden Regierung von
ihren Völkern daheim ziemlich scharf eingeheißt werden würde.
Dafür haben ja so ziemlich alle Regierungen in ihrer uner-
gründlichen Weisheit gesorgt, daß sie Elemente zu Hause zu-
ruecklassen, die triftigen Grund zur Unfriedensbetrie mit ihnen
haben. Diese sind erfahrungsgemäß am ungefährllichsten bei
einem Vertheidigungskrieg, ein Grund mehr, die Kriegserklärung
dem andern Land zu überlassen, das natürlich ebenso
rechnet.

Dazu kommt aber noch Folgendes: In dem Wettkampf um
die größere Kriegsbereitschaft schwankt die Waage beständig auf
und nieder. Ist das eine Land dem andern heute auf diesem
Gebiet, etwa in Bezug auf das zweedmäßigste Gewehr, voraus,
so sieht es sich morgen von ihm darin eingeholt und auf
einem andern Gebiet, der Artillerie etwa, überholt. Auf diese
Weise ist man eigentlich auf beiden Seiten nie fertig, nie
in der Lage, zu sagen: jetzt sind wir auf allen Gebieten über-
legen, und darum nun auch unerschrocken ins Feld. Immer
gibt es noch ein Wenn und Aber, hier anzubessern, da um-
zuwenden, denn man will ja doch den Sieg quasi schon in
der Tasche haben, wenn man auszieht. Kurz, die Schraube
ohne Ende erfüllt auch hier ihren Beruf. Wie der Wohlstand
der Völker dabei geopfert wird, wie die Anforderungen an
die Kriegstechnik dabei ins Maßlose wachsen, das ist so allbe-
kannt, ist durch Motzke's, von Liebknecht in seiner Reichstags-
rede mit Recht zitierte Behauptung so drastisch charakterisirt
worden, daß es Wasser in den Ocean schütten hieße, wollten
wir uns hierbei noch länger aufhalten.

Gegen diesen von aller Welt als unerträglich empfundenen
Zustand hat die jüngste Diplomatie absolut kein Heilmittel.
Ihre Kunst besteht darin, abwechselnd mit Bündnissen und
Gegenbündnissen zu lavieren, bis ein Krieg eine, wenigstens
zeitweilige Abspannung, und damit eine Periode verhält-
nißmäßiger Ruhe bringt. Sie operirt nach den Grundregeln
der alten Medizin: Mixturen und Aderlässe. Versagen die
ersteren und ist es ihr aus bestimmten Gründen nicht mög-
lich, zu den Aderlässen ihre Zuflucht zu nehmen, so sieht sie
am Ende ihres Lateins. Das Merkwürdigste ist, daß die
Patienten sich dabei zwar nicht besser — dazu haben die
Herren schon viel zu viel an ihnen herumgeputzt — aber
auch nicht schlechter befinden als zuvor. Man stelle sich vor,
die Bismarck, die Kalnoky, die Giers, die Crispi und wie die
großen und kleinen Staatsmänner sonst noch heißen, würden
über Nacht — wir wollen nicht sagen vom Teufel, aber doch
von irgend einem schlechten Kerl der Erde entführt, glaubt
man, daß das Tohuwabohu, das gegenwärtig in Europa
herrscht, noch ärger werden könnte, als es jetzt ist? Schwer-
lich. Schlechter, als es in dieser Hinsicht steht, kann es gar
nicht werden. Manches würde sich anders abspielen, als es so
der Fall, aber es liegt absolut kein Umstand vor, anzunehmen,
daß die Völker sofort wie rasend aufeinander losstürzen wür-
den. Und selbst wenn sie es thäten, so wäre auch das ja nur
ein Unterschied in Bezug auf den Zeitpunkt, nicht in Be-
zug auf die Sache.

Wo wir in Europa gegenwärtig stehen, das hat sich bei
dem Zeitungskrieg der österreichischen und deutschen Halb-
Offiziere deutlich gezeigt. Das gegenseitige Miß-
trauen ist auf eine Höhe gebiegen, die ein wirkliches
Freundschaftsverhältniß von Land zu Land nicht mehr auf-

kommen läßt. Formell ist ja der schöne Bund wieder gelitten,
die Ober-Offiziere haben die Unter-Offiziere abgerüffelt,
und die beiderseitigen Herrscher haben sich telegraphisch der
unerschütterlichen Freundschaft versichert, aber wenn man auch
an einem „Kaiserwort“ nicht drehen und deuteln soll, so wäre
doch

„bien fou qui s'y fie“ —

für's Irrenhaus reif, wer darauf politische Berechnungen
gründen wollte.

Nein, dieses Bündniß, wie alle sonst heute geschlossenen,
können keine Garantie gewähren, daß sie wahrhaft kritische
Zeiten überdauern. Produkte nicht der wirklichen, dauernden
Neigungen und Interessen der Völker, sondern zeitweiliger
Interessen ihrer Lenker oder selbstgeschaffener Noth, tragen sie
den Keim der Zerlegung schon im Augenblick ihres Entstehens
in sich.

Es fehlt uns der Raum, dies in allen Einzelheiten nach-
zuweisen, zu zeigen, wie auf eine Thatsache, die zu Gunsten
dieses oder jenes Bündnisses spricht, immer zwei kommen, die
dagegen sprechen, und die daher, wenn momentan zurück-
gedrängt, sich im gegebenen Momente immer wieder mit ele-
mentarer Gewalt in den Vordergrund drängen. Aber wir
können auf diese Aufzählung auch verzichten und den Leser
darauf verweisen, die Staaten sich anzuschauen, wie sie sind,
die Summe von Unmatur und Unrecht, das sie aufweisen
und das nur durch Gewalt aufrechterhalten wird, in Betracht
zu ziehen, und sie haben bereits den Kardinalfehler gefunden,
an dem nicht nur diese Bündnisse, an dem überhaupt die
Staaten des heutigen Europa krankten. Es gibt keine natür-
lichen Bündnisse zwischen den Nationen, weil es keine natür-
lichen Staaten gibt. Statt das durch die Jahrhunderte auf-
rechterhaltene Unrecht wieder gutzumachen oder wenigstens zu
mildern, hat die moderne Staatskunst, und grade die der
„großen“ Staatsmänner sich darauf verlegt, neues Unrecht,
neue Vergewaltigung auf die alte zu häufen, und so eine
Unsumme von Unzufriedenheit, eine Unsumme von Zwist her-
anzubekommen, die immer zu neuen Konflikten Stoff liefert.
Gewalt hat die Staaten zusammenge schmiedet, und um sie in
ihrem jetzigen Bestand zu erhalten, gibt es nur den Appell
an die Gewalt. Unmatur steckt ihnen in allen Gliedern, und
Unmatur ist die Devise ihrer Politik. Das despotische Rußland
unwirbt das republikanische Frankreich um seiner Eroberungs-
zwecke im Orient willen, das freidenkerliche Frankreich jagt
dem katholischen Papst, um gegen Italien eine Waffe zu haben,
das seinen Antheil an dem Raube in Afrika verlangt und
Kizza und Savoyen zurückhaben möchte, das national-tran-
sylvanien Deutschland trägt abwechselnd Rußland und Oesterreich seine
Dienste an, von denen das eine seine deutschen Angehörigen
nieder, das andere sie sogar unterdrückt, um sich den
Besitz zweier Provinzen zu sichern, die von einer Zugehörigkeit
zu Deutschland nichts wissen wollen. Und so weiter und so
weiter. In der Natur solcher Bündnisse aber liegt es, daß
man sich gegenseitig betrügt, wo immer man nur kann, und
sich im Stich läßt, sobald ein günstigeres Geschäft winkt.

So ist die Situation auf dem Welttheater die denkbar zer-
fahrenste, und doch „blüht“ der Frieden. Aber er ist auch
danach. Er gleicht dem Frieden auf wirtschaftlichem Gebiet,
der nach der ökonomischen Doktrin das „freie Spiel der
industriellen Kräfte“ erzeugt. Ein kostspieliger Friede, der nur
um den Preis fortgesetzter Zerstörung von Wohlstand, Zer-
malmung von Existenzen erhalten wird, ein Friede, dem un-
ablässig das Gespenst des grausamsten Krieges auf dem Nacken
sitzt, ein Friede, der in stetig sich verengendem Firkel auf
einen Punkt zufliehet, wo sein gekünsteltes Dasein nicht mehr
aufrechterhalten werden kann, und der gefährliche Krach als
eine wirkliche Erldung erscheint.

Aus der Rede Liebknecht's über den Reichs-Etat.

(Sitzung vom 24. November 1888.)

Nach dem amtlichen stenographischen Bericht.

Das Ausland und die „Reichsfeinde“.

„Ich will hier nicht klagen über die Verfolgungen unserer Partei —
das klagen gelernt uns nicht, und diese Dinge im einzelnen und ge-
bührend zu brandmarken, dazu wird sich andere Gelegenheit finden —
ich will Sie aber aufmerksam machen auf die symptomatische Bedeutung
dieser Zustände für unsere innere Entwicklung und auf den verhäng-
nisvollen Einfluß, welchen sie auf unsere auswärtige Politik ausüben.
Beides sind außerordentlich wichtige Momente. Kann ein Staatswesen
gesund sein, das so gegen seine besten Kräfte wüthet? Und kann das
Ausland etwa glauben, daß in Deutschland gesunde Zustände herrschen,
daß das Volk einig sei, wenn man sieht, wie fortwährend große Par-
teien geachtet, und wie die geachteten Parteien auf die Anklagebank ge-
schleppt und in die Gefängnisse geworfen werden? Kann das Ausland
Respekt vor uns haben? Muß es nicht glauben, Deutschland ist zer-
rissen?“

Da ist gerade die Presse, auf die Sie (zur Rechten gewandt) Einfluß
haben. Nehmen Sie z. B. die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“; sie
theilt die Reichsfeinde ein in Reichsfeinde und Nicht-Reichsfeinde. Bei der
vorigen Kartellwahl haben die Kartellleute, also die Regierungsparteien,
im Reichstag eine Majorität bekommen; aber wie Sie alle aus der
amtlichen Wahlstatistik wissen: in der Wählerchaft haben die Reichs-
feinde die Majorität. Wenn man die französischen Chauvinisten die
„Norddeutsche“ lesen und finden: über die Hälfte der deutschen Wähler
sind trotz des Polizeidruckes, trotz der Wahrgeln zur Kontrolle der

lassen. Wir haben sie aufgenommen, wir führen sie — die Sozialdemokratie ist nur konsequente Demokratie —, und wir werden mit dieser Fahne auch zum Siege marschieren.

Und nun, meine Herren, unser Votum in Bezug auf den Etat. Wir stehen dem jetzigen System wie dessen Trägern prinzipiell, systematisch feindlich gegenüber. Wie die Dinge sind, können wir einem solchen System keine Bewilligung irgend welcher Art machen; unsere Lösung ist also, wie früher, so auch heute — dies spreche ich hier aus in dem Namen meiner Parteigenossen — diesem System keinen Mann und keinen Groschen!

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Sozialpolitische Rundschau.

London, 12. Dezember 1888.

— Aus dem Reichstage. Hatte Liebknecht mit dem Reichs-Lanzler, Singer mit dem Reichspolizeiminister Abrechnung gepflogen, so nahm Bebel am Dienstag den 4. Dezember beim Etat für den Kriegsmilitär die Herr Bronsart von Schellendorf, in's Gebet. Liberalerseite war der Herr wegen des (übrigens von jeder geübten) Mißbrauch der Kriegervereine zu politischen Zwecken interpelliert worden, und hatte anfangs prosig abblättern geantwortet, dann aber, als er gefragt wurde, ob eine kaiserliche Kabinettsordre existiere oder nicht, welche Bezirksoffizieren das Recht gebe, freigelegte Kriegervereine unter direkte Aufsicht zu nehmen, jede Auskunft überhaupt verweigert, denn das sei eine „interne militärische Angelegenheit“ (die Kriegervereine bestehen aus in den Zivilstand übergetretenen Soldaten!). An diesem Punkte setzte Bebel ein und fernzielte die schreiende Verletzung der bestehenden Gesetze, die in und mit den Kriegervereinen getrieben wird, und ein würdiges Gegenstück findet in dem, freilich vergeblichen, Versuch, bei Vergeltung von Arbeiten für das Militär die sozialdemokratischen Arbeiter zu ächten. Und diesem rigorosen Vorgehen gegen Arbeiter, die nichts verbrochen haben, als eine Meinung zu hegen, die den Herren in den oberen Regionen nicht gefällt, stellte nun Bebel das schonende — was sagen wir? — das schützende Verhalten gegen den notorischen Hoch- und Landesverräter von Ehrenberg gegenüber, dessen Delikt bei dieser Gelegenheit eine gründliche, für ihn und seine Götter, das Militärgericht indragrifen, getadelt vernichtende Beleuchtung erfahren. Wir werden diesen Teil der Bebel'schen Rede, der einen charakteristischen Beitrag zur Zeitgeschichte bildet, nach dem stenographischen Bericht auszugeweiht zum Abdruck bringen.

Herr Bronsart von Schellendorf zeigte in seiner Antwort, wenn man das, was er nach Bebel hervorbrachte, so nennen kann, daß man nicht umsonst Mitglied eines preussischen Ministeriums ist. Vor einem Jahre, als Bebel die Sache zum ersten Mal vorbrachte, hatte er sich noch einige Mühe gegeben, den Puttkamer'schen Hochschaden. Seine Berichte wanderten, wie schon in Jülich festgesetzt wurde, an die Zensurale in Frankfurt am Main) von sich abzuschießen. Inzwischen hat aber auch der Mann etwas gelernt. Er hat gelernt, daß ein „Gefährter der Nation“ und obendrein noch ein Kriegsminister, den Puttkamer'sche Volkseigenheit nicht entbehren kann, und siehe da: er stieg „in den Bott“. Herr Bronsart von Schellendorf hat die Identität der Polizei und der Armee als Mittel der Volkseigenheit proklamirt — und, wenn das auch für uns nichts Neues ist, im Interesse der politischen Pädagogik ist diese Feststellung von unerschütterlichem Wert.

Am 6. Dezember kam Grillenberger an die Reihe und taufte sich den Reichsminister für Sozialbau, Herrn von Böttcher. Dieser Unglückselige hat den Wechselbalg mit dem schönen Namen der „Geheimnistratung“ betreffend die Alters- und Invalidenversorgung dem Hause vorgelesen. Er versuchte mit allem Aufwand seiner Dialektik den Beweis zu liefern, daß der Volk ein weiches Wunderkind an Schönheit sei, aber wie sehr er selbst fühlte, daß der Versuch ein verunglückter, zeigte sein Schlußappell an die „brüderliche Liebe“. Und nun nahm Grillenberger das misanthropische Barmherzige in mehr als zweifelhafte, von allen Schlagmörtern freier Rede alle seine Fehler und Gebrechen, sowohl vom objektiven Standpunkt der Technik der Arbeiterversicherung, als auch vom Standpunkt des Vertreters der Arbeiterforderungen an. Er zeigte, wie die Versicherung zehnmal praktischer als nach der Vorlage eingerichtet werden könnte, wenn man es über sich beläße, von der bürokratisch vornehmenden Schablone abzugehen, wie nach, wie viel mehr ohne übermäßige Opfer geleistet werden kann, wenn man nur will, gegenüber dem heillosen Unvermögen, was jetzt geboten wird. Unbarmherzig ging er mit den fadencheinigen Argumenten des Herrn v. Böttcher und der Motive des Gesetzes selbst, in's Gericht, überall den bloßen Behauptungen Tatsachen, den tendenziös zusammen gestellten Zahlen die wirklich in Betracht kommenden Zahlen gegenüberstellend. Er schloß mit den Worten, die in Hunderttausenden von Arbeiterherzen Widerhall finden werden: „Glauben Sie niemals, daß die deutschen Arbeiter die ungerechte Hand lassen werden, mit der Sie gegenwärtig das Annehmliche gegen die harten Handhaben, glauben Sie nicht, daß sie die Hand lassen werden, wenn ihnen von derselben statt des wohlverdienten Brodes schließlich Steine geboten werden.“

Wahrhaftig läßlich war es, wie der badische Bundeserollmächtigte Marshall den Einbruch der Grillenberger'schen Rede mit einem halben Duzend feichter Gemeinplätze abzuwehren suchte, wobei der Herr die Genialität zu Wege brachte, den Kampf gegen das Gend der Armenpflege als einen Ausfluß der christlichen Idee hinzustellen, während jeder halbwegs Unterrichtete weiß, daß die sog. „christliche“ Idee gerade in dem Gedanken der Armenpflege — nicht Rechtsanspruch, sondern Almosen — gipfelt. Von den Rednern der anderen Parteien, die zu diesem Gelegenheitsauftritt Stellung nahmen, ist zu bemerken, daß der „katholisch-sozial“ Zentrumsmann Hilde sich fast ganz auf den Standpunkt der Vorlage mit ihren Vorklängen stellte und es fertig brachte, in Bezug auf Vertretung der Arbeiterinteressen selbst von dem deutsch-freimüthigen Schröder in jeder Hinsicht geschlagen zu werden. Es ist dies ein charakteristisches Zeichen der Zeit, das wir aber durchaus nicht bedauern.

— Die politische Bedeutung, schreibt man uns, zu welcher die deutsche Sozialdemokratie sich emporgearbeitet hat, tritt klaffend und greifbar hervor in der Stellung, welche sie im Reichstage einnimmt. Ohne Selbstüberhebung darf sich die sozialdemokratische Fraktion sagen, daß sie in den bisherigen Debatten den Vorkämpfer für die Rechte des Volkes geführt hat, und daß sie der Stützpunkt der Opposition geworden ist. Wer dem herrschenden System zu Liebe gehen will, muß sich an die Sozialdemokratie anlehnen; die Zeiten sind vorbei, wo die Fortschrittspartei auf sie mit Geringschätzung herabsah konnte — der Stolz des Herren Gegenwärtigen ist gebrochen, und will auch er selbst die veränderte Lage noch nicht öffentlich anerkennen, so ist doch in seiner Partei kein Zweifel mehr darüber, daß die Sozialdemokratie nicht bloß die einzige Partei ist, welche von dem herrschenden System weder zerstückt, noch zermalmt werden kann — sondern auch die einzige Partei, von welcher in erster Linie das Schicksal der Fortschrittspartei abhängt.

Herr Eugen Richter war der Hauptverfechter jener beschränkten und wunderbar komischen Ansicht, daß die Sozialdemokratie eigentlich eine Erfindung der Reaktion sei, zu dem Zwecke gemacht, der biedereren Fortschrittspartei einen Schnüppel zwischen die Beine zu werfen — und daß sie jedenfalls keine legitime Erbin der Fortschrittspartei habe. Ob Herr Eugen Richter verständig von dieser albernen Idee ganz gebildet ist, das wissen wir nicht — das aber wissen wir, daß er das seit der letzten Niederlage nicht mehr sagt — und daß keiner seiner Parteigenossen es mehr glaubt.

Diese heilsame Wandlung ist bei der jüngsten Ertragswahl in Meißel-Diepholz, wenigstens indirekt, zum Durchbruch gekommen. Es han-

delt sich dort für die fortschrittlichen Wähler darum, entweder einem erklärten „Reichsfeind“ ihre Stimme zu geben, oder einem Kartellbruder — dem derzeitigen Sattler, einer äme damals verpöbelten Seele) des ehemaligen Justizministers Beunigen. Der erklärte Reichsfeind war zwar kein Sozialdemokrat, aber ein Belfe, was in den Augen eines christlich-germanischen Reichspolitikers ziemlich ebenso schlimm ist.

Für einen Belfen kann die Fortschrittspartei, wenn sie nicht gleich der Sozialdemokratie den „vaterländischen“ Boden verlassen und mit der heutigen Ordnung der Dinge vollständig brechen will, ebenso wenig stimmen, wie für einen Sozialdemokraten, die die Kartellallianz. (Und sogar in der „Danziger Zeitung“ des deutsch-freimüthigen Mikert wurde der lämmertulge Vorschlag gemacht, durch Stimmen für Sattler „feurige Kohlen“ auf das Haupt der Kartellwölfe zu sammeln. Red. des Sos.)

Die fortschrittlichen Wähler ließen sich aber diesmal nicht verblüffen; sie warfen den Kartellbruder über Bord und wählten den Reichsfeind. Das ist ein Fortschritt. Und beweist, daß Wahlniederlagen für Parteien mitunter so nützlich sind, wie Kriegs-Niederlagen für die Völker. Noch vor einem Jahr hätten die fortschrittlichen Wähler nur zum kleineren Theil dem Belfen den Vorzug gegeben vor dem National-Liberalen.

Obgleich wir nicht an die Zukunft der Fortschrittspartei glauben, auch nicht an die Möglichkeit, eine harte, lebensfähige bürgerlich demokratische Partei in Deutschland zu gründen, so dürfen wir diese größere Entschiedenheit der Wähler doch als ein sehr erfreuliches Zeichen betrachten.

Die Schandwirthschaft im heutigen Deutschland fängt doch an, die gesunden Volkselemente zu empören, und in immer weiteren Kreisen bricht sich die Ueberzeugung Bahn: „So kann es nicht fortgehen! Auf die eine oder andere Weise muß ein Ende gemacht werden.“ So sind denn auch die Ansichten für die nächste Wahl die denkbar günstigsten für die Opposition. Und daß der Wahlausbruch der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion dieser gehobenen Stimmung Worte geliehen hat, das hat unsere Feinde arg verschmerzt. Sie sind außer sich über den siegesgewissen Ton; und dazu kommt noch der Werg, daß ihnen das Konzept für die nächsten Wahlen gründlich verdorben ist.

Der „Sozialdemokrat“ darf sich das Verdienst zuschreiben, das Spiel der regierenden und regierten Kartellbrüder entlarvt und auf die Nothwendigkeit aufmerksam gemacht zu haben, schon jetzt die Wahlen vorzubereiten. Die wiederholten Warnungen und Mahnungen des „Sozialdemokrat“, — unterfützt wie sie waren von gewichtigen Gründen — verfehlten ihre Wirkung nicht; Notizen gelangten in die deutsche Presse, und ein unglückliches Kapit verrieth hernach den sauberen Ueberumpelungsplan, den die gesammte Kapitverfesslung nun nachträglich im Schwelge ihres Antlitzes, und natürlich erfolglos, abzuleugnen verucht.

Eine Ueberrassigung ist geplant, das unterliegt nicht dem leisesten Zweifel. Und die nächste Reichstagswahl wird nicht in der Zeit stattfinden, in welcher sie bei normalen Verhältnissen stattfinden würde.

Nun, die Sozialdemokratie wird nicht überumpelt werden. Mit größter Mäßigkeit werden alle Vorbereitungen getroffen, und es wird jetzt nur noch wenige Wahlkreise geben, in denen sich die Genossen auch in Bezug auf die Person des Kandidaten nicht schon schlüssig gemacht haben.

— Der Bundesrath hat ein Arbeitererziehungsgesetz ausgearbeitet — wohlverstanden, ein wirkliches, gegen Ueberausbeutung von Arbeitern gerichtetes Schutzesgesetz. Es bleibt zwar noch ein gutes Stück hinter dem Maße des Schutzes zurück, der selbst unter den heutigen Umständen ohne Schaden durchführbar und daher von den Vertretern der Arbeiter zu fordern ist, aber es ist doch immerhin ein Schritt auf dem rechten Wege.

Das Gesetz betrifft die Eisenbahnbeamten, Angestellten und Arbeiter, die dem Fabrikwesen nicht unterliegen, und bestimmt u. A.: Bahnbeamten und Angestellten, einschließlich der im Tagelohnbauern beschäftigten Arbeiter, ist wenigstens jeder dritte Sonntag frei zu geben. Die Tage der Sonntagsruhe sollen nicht als Ersatz für die in dem Bahndienst üblichen freien Werkstage gelten; jeder Bahnbeamte, Angestellte und Tagelöhner hat auch mindestens Anspruch auf 14 dienstfreie Werkstage im Jahr. Den Bahnbeamten, Angestellten und Tagelöhner soll auf je 24 Stunden eine wenigstens achtstündige zusammenhängende Ruhepause gewährt sein, mit einer Stunde Zuschlag für An- und Abgang für Dienstreifen, denen nicht in Gebäulichkeiten auf Bahnhöfen oder an der Bahnlinie Wohnungen angewiesen sind. Ueberdem ist etwa um die Mitte der Arbeitszeit täglich eine Ruhepause von mindestens einer Stunde zu gewähren und es sind daneben wenigstens weitere zwei Stunden, sei es durch Kürzung der Arbeitszeit am Morgen und Abend, frei zu geben. Hinsichtlich der Einteilung der täglichen Dienstzeiten kann der Bundesrath eine Ausnahme gestatten. Mit Bezug auf die Arbeitszeit der Frauen, welche im Bahndienst beschäftigt sind, wird der Bundesrath ebenfalls die erforderlichen Vorarbeiten aufstellen. Die vorstehenden Bestimmungen sollen auch Anwendung finden auf andere vom Bunde konsessionirte Transportanstalten. Zuwiderhandlungen sind durch die Gerichte mit Geldstrafen, in Wiederholungsfallen außerdem mit Gefängnis bis zu drei Monaten zu bestrafen.

Nun, haben wir viel gelagt, wenn wir oben erklärten, daß der Bundesrath mit dieser neuesten Leistung auf dem rechten Wege ist? Gewiß nicht. Im Irrthümern vorzugehen, müssen wir jedoch hinzufügen, daß es der schweizerische Bundesrath ist, der sich den Anspruch auf dieses Kompliment erworben.

— Das famose Rundschreiben des Schweizer Bundesraths in Sachen der politischen Polizei ist in einer ganzen Reihe von schweizerischen Kantonen Gegenstand der Interpellation der betreffenden Regierungen durch Mitglieder der Volkvertretung gewesen, und fast überall wurde der Bundesrath indirekt — hier und da ziemlich offen heraus — der Ueberbreitung seiner Vollmachten und des Verstoßes gegen die schweizerischen Grundgesetze und sein Gesetz als, soweit rechtlich zulässig, mindestens überflüssig bezeichnet — am verhältnismäßig günstigsten kam der Bundesrath beziehungsweise noch im katholisch-konservativen Luzern fort.

Trotzdem auf diese Weise die berühmten Sech, oder vielmehr Fünf — denn der bisherige Bundespräsident Hertenstein ist vor Kurzem gestorben — eine Bestrafung erhalten haben, die sie so bald nicht dergestalt dürfen, können wir doch nicht sagen, daß die von den Kantonsregierungen abgegebenen Erklärungen uns sämmtlich voll befriedigt hätten. Hier und da hat man, um die Pille zu verschlucken, unter Hinweis auf die Ausländer, an andern Orten auf die Anarchisten, dem Wunsch nach Einrichtung einer politischen Polizei Konzeptionen gemacht, die sich bei der Uebertragung ins Praktische leicht als der bekannte kleine Finger herausstellen können, dem über kurz oder lang doch die ganze Hand folgt. Inhere schweizerischen Genossen sowie die unabhängigen Demokraten haben also vollständig Recht, wenn sie sich durch die angenehmen Belfen nicht einfallen lassen und trotzdem ein vedetto — auf der Hut — bleiben.

In den besten Erklärungen in dieser Sache gehört unbestreitbar die, welche Regierungsrath Stöckmar in Bern in Ergänzung zu der Antwort der Berner Kantonsregierung auf eine, von unserem Gesinnungsgenossen Fürsprech Reichel eingebrachte Interpellation abgab. Sie lautet:

Die Antwort der Regierung bedarf eigentlich keines Kommentars. Der Interpellant sieht daraus, daß wir uns im Wesentlichen auf die Fremdenpolizei beschränken und thun, was wir bisher auch gethan haben. Wir machen keine Polizeier Meinungen. Ich fasse die Aufgabe der Polizei auf dem Sinne, daß sie die anständigen Leute zu schützen und die Schelme zu verfolgen hat. Ich glaube, daß in unserem Staate Jeder das Recht haben soll, mit geschlichen Mitteln diejenige soziale und politische Organisation anzustreben, welche er für die beste hält. Selbst der Anarchismus ist für mich nur eine Lehrmeinung. Die Polizei hat nur dann einzuschreiten, wenn es sich um strafbare Handlungen handelt. Wenn die Theorie in die Praxis überführt werden wollte und eigentliche gemeine Verbrechen geplant werden (Aufsorderung zu Mord, Vandalen, Angriffe auf das Eigenthum), dann hat die Polizei einzuschreiten.

„Siezu brauchen wir aber vom Bund keine speziellen Aufforderungen zu erhalten, wir wissen selbst, was unsere Pflicht ist. Ich bin überzeugt, daß, wenn der Interpellant an meiner Stelle stände, er die Aufgabe der Polizei, trotz Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei, nicht anders auffassen könnte.“

Wenigstens ist es, wenn ehrlich innegehalten, Alles, was man von einer bürgerlichen Regierung in dieser Hinsicht verlangen kann.

Man schreibt uns:

In dem Aufruf der sozialistischen Reichstagsfraktion, der zur Rüstung für die bevorstehenden Wahlen ermahnt, ist eine Stelle hier und da so aufgefaßt worden, als solle den Genossen das Recht, sich ihres Kandidaten zu vergewissern, beschränkt werden. Das ist ein großer Irrthum. Dieses Recht den Wählerkreisen zu betreiben, wäre ein Verstoß gegen die einfachsten Parteigrundsätze und ein nicht zu vertheidigender Eingriff in das freie Wahlrecht und in das Selbstbestimmungsrecht der Genossen. Dergleichen ist keinem Mitglied der Fraktion eingefallen. Und wenn Wählerkreise, wie z. B. die von Leipzig-Land, welche einmal durch Ablehnung eines Mandats und später durch häufigen Kandidatenwechsel sehr läßlich und nachtheilige Erfahrungen gemacht haben — wenn die Genossen in solchen Kreisen sich von vorn herein sicher stellen, indem sie nur eine Persönlichkeit als Kandidat aufstellen, die sich unbedingt (auch für den Fall einer Doppelwahl) zur Annahme des Mandats verpflichtet, so ist das nicht bloß ihr gutes Recht, sondern auch ihre Pflicht.

Was durch den betreffenden Satz des Aufrufs verhindert werden sollte, das ist ein Vorwiegen lokaler Interessen, wo ausschließlich das allgemeine Interesse zu entscheiden hat. Und es wurde dabei an ähnliche Möglichkeiten gedacht, wie z. B. bei der Doppelwahl Liebknecht in Offenbach und Mainz, welche Niemand vorausgesehen hatte.

Da wo ein Wahlsieg wahrscheinlich ist, muß die Wählerkraft auch die Möglichkeit einer Doppelwahl ihres Kandidaten in's Auge fassen und sich rechtzeitig die Frage vorlegen, ob sie eventuell eine zweite Wahlkreise in's Auge fassen in der Lage ist, oder nicht. Und je nachdem die Antwort ausfällt, hat sie ihre Maßregeln zu treffen.

Das Beste wird freilich sein, die Genossen vermeiden so weit es nur irgend möglich ist, die Aufstellung von Doppel- oder Vielkandidaturen.

— Schändlich! Ein Prosch, der in jeder Hinsicht eine Schmach ist für das Land, dessen Rechtszustände ihn ermüdeten, hat sich vor einigen Tagen in Steinfur abgesetzt. Wir lesen darüber in einem Arbeiterblatt, dem „Stettiner Volksboten“:

Zwei Jahre Justizhaus! Zu dieser furchtbaren Strafe ist der Arbeiter Ernst Berndt am Mittwoch vom Saengergericht Steinfur verurtheilt worden wegen eines angeblich wissenschaftlichen Meinungs, eines Meinungs, der, wenn wirklich wahr, aus politischen Gründen gestiftet worden ist! Von diesem Ausgang einer an sich geringfügigen Sache werden gewiß Alle, die die Verurtheilten kennen, peinlich überrascht worden sein. Herr Berndt brach sich bisher auf freiem Fuße, und dies darf wohl als Beweis dafür angesehen werden, daß die Staatsanwaltschaft die Sache selbst nicht als so schlimm betrachtet hat, sonst würde sie ihn sicher in Haft genommen haben. Vor Jahresfrist wurde über den Fall bereits vom Landgericht verhandelt; die Anklage lautete damals auf fahrlässigen Meinungs und der Staatsanwalt hatte sechs Monate Gefängnis beantragt. Das Landgericht erklärte sich aber für unzuständig, weil wissenschaftlicher Meinungs vorzuliegen schiene, und wies die Sache vor das Saengergericht. In einer Untersuchung wegen Verbreitung des „Sozialdemokrat“ hatte Berndt am 12. August 1885 ausgesagt, daß er den Arbeiter Schünke nicht kenne. Als der Belagerungsstand verhängt worden war und Schünke von der Ausweisung betroffen wurde, ging er — in Begleitung seiner Frau — zum Kriminalkommissar Rante, um die Zurücknahme der Maßregel zu erwirken. Herr Rante sagte ihm, wenn er (Schünke) gestehe, daß er früher zusammen mit Scheffler und Berndt den „Sozialdemokrat“ geleitet habe, würde die Ausweisung zurückgenommen. Schünke that dies; sobald aber dies Geständnis protokolliert war, wurde er verhaftet und mit ihm zugleich Scheffler und Berndt. Die beiden ersteren mußten 13 Wochen lang sitzen und wurden wegen Verbreitung verbotener Schriften zu 6 Wochen Gefängnis verurtheilt; Schünke wurde nachträglich hiermit recht ausgewiesen. Berndt wurde nach 4 Wochen aus der Haft entlassen, gegen ihn aber eine Anklage wegen Meinungs erhoben. Die Anklage stützte sich darauf, daß Berndt und Schünke zusammen bei einem Arbeitgeber gearbeitet hatten und daß Beide in einer Krankenkasse gewesen seien. Berndt machte dagegen geltend, daß Schünke niemals bei seinem Zusammen, sondern nur mit seinem Vornamen „Fritz“ oder „Oskar“ gerufen worden sei, was durch letzteren auch bestätigt wurde; ferner sei er bei der fraglichen Berechnung gar nicht berechtigt worden. Bei dieser Sache konnte man wohl auf Freisprechung eingemessen rechnen.

Trotzdem erkannten die Bourgeoisgeschwornen auf schuldig, und die Richter, an das Verdict derselben gebunden, verurtheilten Berndt, wie oben bereits bemerkt, zu zwei Jahren Justizhaus. Zwei Jahre Justizhaus für ein Vergehen, das, wenn es überhaupt begangen, unter hundertmal entschuldigeren Umständen begangen wurde als die bekannte — Uebensage des Ehren-Stöcker, die seinen Staatsanwalt auch nur zum Nühren eines Fingers gegen den christlich-sozialen Heppowiel zu bewegen vermocht hat. Berndt bestreitet, überhaupt verurtheilt worden zu sein, zum Mindesten hat dies die Wahrscheinlichkeit für sich, denn als ebenfalls der Verbreitung Verdächtiger durste er in dieser Sache gar nicht berechtigt werden. Und doch zu zwei Jahren Justizhaus verurtheilt! Und der vorbildliche Polizist, der ihn auf die Anklagebank gebracht, geht frei, vielleicht mit einem halben Duzend „Gehreihen“ gekümmert, umher und brüsst sich des großen Erfolges seines Eigenmandats! Schmach über eine Epoche, in der dergleichen möglich ist. Schmach über ein System, das dergleichen Zustände züchtet! Und Schmach über eine verkommenen Presse, die solche Zustände durch Berichten und Verschweigen fördert oder doch aufrechterhält! „Reichslandwehr“, schreibt der „Volksbote“, bringt keine der Stettiner Zeitungen etwas über die Beweisaufnahme. Warum nicht? Warum nicht? Nun, die einen aus Feigheit, die andern aus Uebertrauth, die dritten aus kräftiger Gleichgültigkeit. Sie haben ja Wichtigeres zu thun. Sie müssen ihren Lesern die neuesten alten Wege mittheilen, sie über die Wunden der kaiserlichen Prinzen unterrichten und ihnen erzählen, wieviel Oeien der Bundesvater auf der letzten Jagd geschossen, wo sollen sie da Zeit und Lust nehmen zur Besprechung eines der schändlichsten politischen Tendenzurtheile, welche die moderne Geschichte kennt!

— Altgermanische Wirklichkeit und neudeutsche Karrikatur. Die Schwärmer für das Höferecht, wie es nach dem Vorgange der preussischen Provinz Westphalen jetzt in Oesterreich eingeführt werden soll (s. unsere Nummer 49), geben daselbst für eine altgermanische, dem deutschen Volksgesist recht entsprechende Institution aus. Wie es in dieser Beziehung wirklich steht, wird in der neuesten Nummer der Wiener „Gleichheit“ trefflich ausgeführt.

„Die Herren, die für das Ugermanenthum so sehr säuwärmen“, lesen wir da, „thäten wohl daran, sich's einmal näher anzusehen. Bei den alten Deutschen umfaßte der „Hof“ keineswegs alle von der Bauerfamilie bewirthschafteten Ländereien, sondern bloß die zur Wirtschaft gehörigen Baulichkeiten und das Gartenland. Wald, Weide und Ackerland waren Gemeineigenthum; Wald und Weide wurden auch in späterer Zeit gemeinsam bewirthschaftet, das Ackerland dagegen nicht mehr, sondern unter die einzelnen Höfe periodisch vertheilt, bis es schließlich in deren Besitz überging.“

Der Hof selbst war aber auch nicht Privateigenthum eines Einzelnen, sondern gehörte der ganzen Bauerfamilie. Der Letzte war nur der Vorsteher des Hofes, der Leiter des Betriebs, nicht dessen Besitzer. Er hatte an das Bauerntum kein größeres Anrecht, als jedes Mitglied seiner Familie. Es war das Resultat einer langen Genossenschaft und die Rückwirkung der kapitalistischen Produktionsweise auf die bäuerliche Wirtschaft, daß etwas dem heutigen Höferecht Entsprichendes entstand, das heißt, daß der Vorsteher des Hofes, in dessen Besitz er verwandelt und seine Geschwister expropriirt, ihr Eigenthum konfiskirt und sie aus

Miteigentümern und Mitarbeitern zu knechten, zu Proletariern wurden. Ob Höflichkeit, ob Freizügelbarkeit, das ist gepulst wie gesprungen. Das Höflichkeit ist ein Mittel, Kapitalisten und Proletariern zu züchten, die Bauerfamilie in Hofbesitzer und Knechte zu zerschneiden, die bestehenden sozialen Gegensätze zu verschärfen. Aber die Freizügelbarkeit ist das auch. Sie führt zur Verflüchtung des Bodens, bis schließlich die einzelnen Parteien zur Erhaltung des Bestehenden nicht mehr anreichern und dieser gezwungen ist, in Hofbesitzer oder Hausindustriellen einen Nebenverdienst, bald aber den Hauptverdienst zu suchen. Die Mehrheit der landwirtschaftlichen Bevölkerung wird also zu Proletariern, so wie so. Nur eines könnte sie davor schützen, die wirkliche Rückkehr zum altheidnischen Recht und dessen Anpassung an die heutige nationale und Weltwirtschaft, die Rückkehr zum genossenschaftlichen Besitz und Betrieb des Landes, allerdings nicht im Rahmen der Gemeinde, sondern des Staates.

Davon wollen aber unsere Schwärmer für das Mittelalter nichts wissen. Die Feudalen sind ebenso Kapitalisten wie die Liberalen; sie verlangen nach den Formen des Mittelalters, aber nur, um sie der modernen kapitalistischen Ausbeutung dienstbar zu machen.

Die Form ohne den ursprünglichen Inhalt, das ist, was man eine Karrikatur nennt. Nur daß in diesem Falle es sich nicht um einen harmlosen Scherz handelt, sondern um eine heimtückische Klassengegenschöpfung, die sich zum Begriff der sozialen Gerechtigkeit verhält wie die heutige Bauerngemeinde mit ihren kapitalistischen Großbauern und den entrechteten Dorproletariern zur altgermanischen kommunistischen Dorfgemeinde.

— Negrium wird fromm. Wer sich der eigenen Unzulänglichkeit bewußt ist, wird in dem Maße, in welchem Alter und Erfahrung seine Kenntnis der Menschen und der Dinge erweitern, baldsam für die Meinung anderer. Als schreibt — Krausjunker Bismarck, der Verfolger Armin's und Gessler's, der Massenfabrikant von Straf-Formularen x. Er schreibt's im Dankbrief an die Universität Gießen, die ihn zum Ehrenpfad gemacht. Viel Jahre kann Negrium nicht mehr haben, daß er so outdram geworden ist. Oder denkt er: „auf eine Länge mehr oder weniger kommt's ja nicht an.“ Das Konto ist genügend verrechen.

— In eigener Sache. In der „Frankfurter Ztg.“ finden wir folgende Notiz:

Offenburg, 1. Dezember. Herr Redakteur Adolf Ged schreibt uns:

Die „Frankfurter Ztg.“ enthielt in ihrem Originalbericht über den letzten Freiburger Sozialistenprozess eine Bemerkung, von der ich jetzt erst Kenntnis erhalte, weil dieselbe zu verschiedenen Auffassungen veranlaßte. Sie betrifft meine Äußerung über den „Sozialdemokrat“. Ich bitte deshalb um Aufnahme folgender tatsächlichen Bemerkung: Die Anklage behauptete, ohne dafür auch nur den Schein eines Beweises erbringen zu können, daß ein mit Herrad nach Offenburg an einen unbekanntem Empfänger gesandter und etwa 40 Kilogramm des „Sozialdemokrat“ enthaltender Koffer jedenfalls für mich bestimmt war, der ich diese Zeitungen zur Verbreitung bezogen hätte. Nach entgegengegangenen Angaben, daß die Zeitung „Sozialdemokrat“ in ihrer Eigenschaft als Kampfsorgan der unterdrückten Sozialdemokratie gegen alle Gewaltmaßregeln für die Sozialdemokraten von großem Interesse sei; daß ich aber die Verbreitung dieses Blattes zur Gewinnung von Seiten, welche erst über die Grundzüge der Sozialdemokratie aufgeklärt werden sollen, für nicht geeignet halte.

Wir hatten von der sichtlich absprechend lautenden Lesart des Berichtes der „Frankfurter Ztg.“ keine Notiz genommen, erstens weil wir wissen, daß solche Berichte sich nie wirklich mit den wirklich abgegebenen Erklärungen zu decken pflegen, und zweitens weil bei Prozessen wie der Freiburger, wo es sich für die heutigen Nachbater nur darum handelt, eine Anzahl mitleidiger Personen in den Schlingen einiger, durch rabulistische Auslegungsmittel extra zu diesem Zweck zu Geistes-Fällen hergerichteter Gesetzesparagrafen zu fangen, wir nicht den Beruf in uns vermissen, Debatten zu veranstalten, die sehr geeignet wären, das Spiel der Gegner zu erleichtern. Mit um so größerem Vergnügen nehmen wir daher von der auf eigenen Antrieb erfolgten durchaus loyalen Erklärung Ged's Notiz.

Daß unser Blatt in erster Reihe Kampfsorgan ist, steht außer Frage. In wie weit es geeignet ist, neue Anhänger zu werben, kommt auf den Grad der politischen Erkenntnis der zu Werbenden an. Für vollständige Reulänge ist unsere Flugblätter- und Broschüren-Literatur entschieden vorzuziehen. Man kann nicht in jeder Nummer eines Blattes wie das unsre das sozialistische Abo wiederholen.

Der jüngst verstorbenen schweizerische Bundespräsident Hertensheim soll nach einer von der Züricher „Arbeiterstimme“ als wohlverbürgert bezeichneten Mitteilung seinerzeit die „bestimmte Erklärung“ abgegeben haben, daß er, wenn er nicht der betreffenden Sitzung des Bundesrats zu präsidieren gehabt hätte, gegen die Sozialisten-Ausweisung gestimmt hätte. Wir sind allerdings damals anders berichtet worden, aber eine Thatsache läßt uns die Lesart der „Arbeiterstimme“ als die richtige erscheinen. Am Gedächtnistage Hertensheim's, schreibt man dem St. Galler Stadionsieger aus Zürich, welche auf dem Bolzschneitum und den Gebäuden der fremden Konsulate die schwarze Flagge auf Halbmaß. Dagegen fehlte auf dem deutschen Konsulatsgebäude dieses Verleidszeichen, wie man uns soeben mitteilt. Nun sind wir ja Republikaner und geben auf diese Verleumdung nicht viel. Als jüngere deutsche Professoren und Monarchenfreunde ihre Gedächtnisfeier für den verstorbenen Kaiser Wilhelm in unserer Großmünsterkirche abhielten, da nahmen sogar Zürcher Behörden daran Teil und „trauerten“.

Sanz recht; aber wer kann für Gedächtnisfeier wachen? Dieselbe zeigt sich bei Herrn Benteferde bekanntlich schon nach dem Tode Friedrich III., und wenn sie sich jetzt mit Bezug auf den verstorbenen Präsidenten der Göttinger Gesellschaft wieder offenbart, nun, so mögen wohl die gleichen Gründe dafür vorliegen.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Fraktion des deutschen Reichstages verfenkt nachstehendes Zirkular:

Wir theilen unseren Parteigenossen hierdurch mit, daß für den Unterstufungs-fond für die Familien ausgemittelter und politisch gemäßigter Parteigenossen vom Juni bis Ende September folgende Beiträge eingegangen sind: D. Stuttgart. Kl. 50 —, Deutscher in Genf 140 —, aus Hamburg 2000 —, Hannover 150 —, Hr. Florberg 3 —, Darmstadt 100 —, Hannover 200 —, Dresden-Alstadt 150 —, Dresden rother Zentel 50 —, Augsburg 35 —, Burgen 10 —, Langen 25 —, Horehan 4 —, Karlsruhe 50 —, R. F. 20 —, 19. Kaiserlicher Wahlkreis 50 —, Horehan 5 —, Regan 20 —, Blauen i. B. 15 —, Buxen 30 —, Gumburg 2000 —, Augsburg i. Sachl-Altenb. 50 —, Halle a. S. 100 —, Dresden A. 50 —, Minden 50 —, Brandenburg 30 —, Düsseldorf 10 50, Erfurt 30 —, Kaden 5 —, Apolda 5 —, Braunschweig 100 —, Potsdam 40 —, Baetze, Magdeburg 150 05, Brandenburg 25 —, Wehe 10 50, L. G. M. d. S. in Köln 6 50, Granshau 15 —, Potsdam 40 —, Brandenburg 20 —, Spremberg 50 —, Müslau 10 —, Brandenburg 20 —, Hagen-Wetter 8 50, Nordhausen 20 —.

Reichstags-Wahlfond:

Vom Mai bis Ende September: Fr. G. London Kl. 100 —, E. P. J. 100 —, 19. Kaiserlicher Wahlkreis 41 —, von Mann im Rhod 1000 —, von der rothen Compagnie 1600 —, Hoch d. G. Erfurt 12 31, Gera 20 —, Döbeln 20 —, Berlin B. 200 —, 16. Kaiserlicher Wahlkreis 300 —, Dreoden-Alstadt 50 —, von Mann im Rhod 600 —.

Holenteder-Fond:

H. B. Hamburg Kl. 14 80, G. J. P. Hamburg 32 —, Goslar a. S. 7 —, R. aus Hofstein 11 —, aus Jülich 503 35, München 35 10, S. Oberfeld 5 —, Wald i. B. 11 10, Reimsfeld 21 65, Venep 10 —, Honsdorf 10 44, Dillig 8 07, Schwelm 3 —, Belbert 20 —, J. in Barmen 1 70, Reimsfeld 9 —, G. Oberfeld 2 —, Reimsfeld 10 —, Gesecklande 66 20, Wähler* Leipzig 56 95, durch R. Braunschweig 226 —, Pöbden 10 —, B. u. G. Berlin 130 —, Volkseigen in Chemnitz 60 —, 16. Kaiserlicher Wahlkreis 40 —, Niedergörsch 6 —, an den Vereinigten Staaten d. B. 340 —, Teuchern 15 —, Götrow 36 —,

Wähler* Leipzig 5 —, Burgen 33 —, Verden 10 —, Ohlan 10 —, Minden 15 —, Wilschmöhren 50 —, Kellinghufen 2. R. 10 —, Segeberg 9 45, Brandenburg 45 —, Gießstadt 45 —, Aachen 40 —.

A. Bebel, G. Grillenberger, B. Liebknecht, H. Meißner, P. Singer.

Korrespondenzen.

— Braunschweig. Anfang Dezember. Wohl schon über anderthalb Jahre sind verlossen, seit der letzte Bericht von hier an das freie Tribunal des deutschen Proletariats ergangen ist. Die Dummheit der Polizei der Arbeiterbewegung gegenüber ist, wie überall im Reiche, auch von hier zu konstatieren. Auch hier hat die heilige Hermandad die für sie sehr traurige Erfahrung machen müssen, daß man mit dem Polizeifüßel den Fortschritt der Zeit, die Ausbreitung unserer Ideen, nicht hemmen kann. In blinder Wuth, das Merkmal unserer eigenen Impotenz, greift sie daher zu Waffen, die ihr früher oder später ins eigene Fleisch dringen müssen. Gleich nach der letzten Reichs-Hepp-Hepp-Wahl setzte unsere Wohlthätige eine eigene „politische Polizei“ ein. Sie übertrug die Ueberwachung der Sozialdemokraten einem Menschen, von dem selbst unser hönnetes Bürgerthum nur in bespöttelndsten Ausdrücken spricht. Es ist dieses der früher in Wolfenbüttel amtierende Polizeiergeant Duffenius, in den Arbeiterkreisen „Speck“ genannt. Nachdem sich derselbe in Wolfenbüttel wegen seiner besondern Art, mit Biermädchen umzugehen, unmöglich gemacht, wurde er durch Protektion des Oberbürgermeisters Polck wieder hier in Braunschweig stationirt. Wir wissen nicht, was den Bürgermeister veranlaßt, sich für einen solchen Delin in's Zeug zu legen — es sei denn, wir müßten an das bekannte Sprichwort von den „gleichen Klappen“ denken. Kaum war der brave „Speck“ hier in Braunschweig warm geworden, als auch schon aus dem ihm zugewiesenen Distrikt Klagen über ihn laut wurden. Aber merkwürdigerweise nicht von Seiten der bösen Sozialdemokraten. Man erzählte von Attaken eines Polizeiergeanten auf verheiratete und unverheiratete Frauen, und bald darauf wurde unser Held eines Nachts in der Karlsstraße Nr. — in flagranti ertappt, ordentlich durchgeprügelt und auf die Straße geworfen; seinen Säbel und Dienstmappe brachte man als Trophäe auf das Polizeibureau. Man erwartete nun in weiten Kreisen des Volkes, daß dieser Mensch aus dem Polizeidienst entlassen werde; aber weit gefehlt, der Bürgermeister breitete seine mächtigen Fittige schützend über seinem Haupte aus — und es ward stille über den Waffern.

Dieser Winterbeamte, der sich nebenbei hiesigen Geschäftsleuten in dauerndes Andenken zu setzen verstanden hat, wurde, wie schon erwähnt, der politischen Abtheilung zugewiesen, und suchte sich nun in andringlicher Weise in Arbeiterkreise einzuschleichen und dieselben auszubohren. Bei einem solchen Veruche, der aber selbstverständlich mißglückte, wollte er von zwei hiesigen Sozialisten, den Genossen Schläter und Gläser, beleidigt worden sein. Er denunzierte sie, ein wüßfüßiges Gericht, dem der Sozialistenkreiser Dr. Koch präsidirte, stand ihm zur Seite und verurtheilte unsere Genossen wegen „Beamtenbeleidigung“ zu drei Monaten Gefängnis! Kurz zuvor waren der deutsch-freimüthige Landgerichtsrath Dr. Baumgarten und Genossen wegen Minister- und Beamtenbeleidigung vor Gericht gestanden, sie kamen aber mit einer geindeten Geldbuße davon. Man braucht die beiden Erkenntnisse nur neben einander zu halten, um die Infamie der Klassenjustiz zu erkennen, deren Opfer die genannten Genossen geworden.

Zur Kennzeichnung der Rechtsstügen unseres Landgerichts noch ein zweiter Fall. Ein Genosse, Reichtmann, war auf die Denunziation des erwähnten „Speck“ hin unter der Anklage der Verbreitung verbotener Schriften in Haft genommen und von der Strafverwalter des hiesigen Landgerichts zu einem Monat Gefängnis verurtheilt worden. Auf Veranlassung seines Verteidigers Dr. Robert appellirte Reichtmann an das Reichsgericht, und siehe da, selbst dieses fand die Verurtheilung unbegründet und verwies die Angelegenheit zur nochmaligen Verhandlung an die hiesige Strafkammer zurück, worauf, zum größten Verdruß des Landgerichtspräsidenten Dr. Koch, Reichtmann's Freisprechung erfolgte. Es wäre noch manches zu melden, mancher Uebergriff der Polizei zu brandmarken, für diesmal sei es jedoch genug. Hauptaufgabe dieser Korrespondenz ist, einmal ein Werkzeug in fernsichtigen, das die hiesige Polizeidirektion nicht zu schätzen hält, sich seiner gegen die Partei des Proletariats zu bedienen. Nun, das Werkzeug charakterisirt nicht den, gegen den es gebraucht wird, sondern der es braucht. Das mag sich die hochanständige Polizeidirektion hinter die Ohren schreiben.

Gifenreffer.

Sprechsaal.

Winterthur. Anfang Dezember. Wir müssen dringend ersuchen, die Genossen und Arbeitervereine vor einem geriebenden Gauner zu warnen, der es verstanden, unsere Mitgliebschaft und Genossen zu betrügen. Derselbe nennt sich Gustav Adolf Furchheim, Schindelmayer aus Schierzig in der Provinz Posen, und begab sich nach Berlin, von wo aus er an die Betrogenen unverschämte Briefe schrieb.

Er erschleicht sich durch sein schätzeres Auftreten Vertrauen, das er dann auf das schändlichste zu mißbrauchen pflegt. Die Berliner Genossen mögen auf der Hut sein und ihn gebührend empfangen, wo er sich zeigt.

Signalement: Alter 25 Jahre, Statur schlank, Haare blond und dicht; schmales, bleiches Gesicht, steppender Gang, schätzeres Auftreten.

Für die Mitgliebschaft deutscher Sozialisten Die Vertrauensleute.

Briefkasten.

der Redaktion: Briefe und Einsendungen erhalten aus: Berlin (R), Grailshelm, Halberstadt, Lübeck, Zittnort, Paris, New-York. — Post in XXX: Gedicht auf den „Neuesten“ in nächster Nummer. — Besten Dank! — H. Sch. in Paris: Ohne die betreffende Stelle grade wörtlich zu unterzeichnen, müssen wir doch sagen, daß es durchaus kein Unglück ist, daß die entgegengesetzte, sehr verhängnisvolle Illusion gestiftet wurde. — P. Nr. in L.: Wir achten Bl. ungemein hoch und werden in der gedachten Richtung gern das Lustige thun; öffentlich vorzugehen halten wir jedoch nicht für wünschenswerth. — A. H. in New-York: Ob wir auf des Eingekamts in Nr. 48 des „S.“ antworten werden? Nein, der betreffende Herr soll doch erst richtig sitzen lernen.

der Expedition: — A. H. Appia S. Austral: Frs. 28 00 (Pfd. 1.3.) — A. Gto. Kl. x. erh. Nota gieng an Fr., Hl. Weiteres. — P. J. Milano: Fr. 5 — a Gto. Schrift. erh. Billa. x. folgt. — Roburrin Joh.: Fr. 44 85 p. Kl. in Bonn u. Ggr. erh. — Schr. Joh.: Fr. 4 05 p. Kl. d. d. erh. — W. Lab. Driebe: Fr. 2 — Ab. 1. Cu. erh. — A. H. New-York: Billa. v. 24/11 am 7/12 abgeq. Remittenten erh. Hl. Weiteres. — Rother Dams: Referenz hld. erh. Abr. notirt, Hl. das Weiteres. — W. M.: Ab. x. dld. notirt. Weiteres besorgt, Hl. am 10/12 mehr. — Felix: Nachr. betr. J. P. hier. Dank u. Gruß. — Romanus: Ansicht an unre Nachr. v. 29/11 gieng am 10/12 nach Postlage für D. an Ihre Abr. — H. Sch. Paris: Derartige Anfragen richten Sie am besten direkt an den Verr. selbst, wie auch wir gethan. — Rothbart H.: Bri. u. Abr. für D. D. erh. Beilage besorgt u. Acknotation a. d. Abdr. bewirkt. Tgd. folgt sobald wirs selber haben. — G. Kl. Jtm.: Wir haben nicht die Abflcht, Ihnen direkt od. indirekt weiterzuleiten. Sagen Sie das Ihrem Auftraggeber. — X. 3: R. 30 — a Gto. Kl. x. erh. Hl. am 4/12 Weiteres berichtet u. Bescheid betr. R. erwartet. — Dante: R. 100 — a Gto. Kl. x. erh. Prg. nicht ganz im Verhältnis zu Ihren Verordnungen „auf Wärr“, betr. J. P. an uns liegt nicht. — Ludwig S. P.: Pfd. — 19. 7 a Gto. erh. Rühres quittiren sobald P. Brg. aus J. Gemeldet ist. — Rother Benzol: R. 30 — a Gto. Kl. x. erh. trogden Sie Namen noch immer nicht melden. Das nennt man „kon-

sequent“. — A. B. Dd.: R. 8 — Ab. bis Ende Juli 89 erh. — Sanfter Heinrich Br.: Kl. 8 10 f. Schrift. erh. — Der rothe Peter: Kl. 25 20 a Gto. Kl. x. erh. Bf. v. 7. ds. am 11/12. beannt. — Leonidas: Kl. 100 — a Gto. Kl. x. erh. Weiteres Hl. — Adf. L. Anstalts: P. R. v. 2/12 hier. Neues Schrift-Berichtungs folgt im S. Anstalts ermartend, besorgen wir Gewünschtes. Gruß! — B. Ggr. Chicago: Anstalts war am 11/12. noch nicht hier. Auszug u. Abflüg. folgt. — Monel: Kommt Alles. Bf. v. 5. am 11/12. beannt. — Clara: Anstalts am 11/12. noch nicht angelangt. Weiteres wird besorgt. — Rubicon: Anfrage betr. J. P. am 11/12. beannt. — Rhr. Bismir: Gewünschtes senden nach Vorschrift. Weiteres pr. Bf. Was will denn der Dr. V. — Carbonari: Kl. 14 85 pr. Ggr. gutgebr. u. Abr. notirt. Am 10/12. betr. des Fraglichen Hl. berichtet u. Weiteres angeordnet. — Siebener: Die Abr. sind notirt u. Bf. besorgt. Erfragtes Kl. Bf. v. 11/12. behandelt. — v. d. Eider: Na mal! Und was zum Teufel geht, bis Sie sich erkundigen können, wegen zu harter Beschäftigung? Berechnen Sie uns Verhältniß und halten Sie fest, daß nach Ihrer Geschäftsauffassung kein Geschäft möglich ist. Weiteres am 11/12. Hl. — Spigelweil: Gut. Adressen eingereicht u. am 11/12. Weiteres berichtet. — Rother Apostel: Bdr. folgen. Stellung lag nicht an uns. Am 10/12. Hl. das Verlangte. J. d. P. war doch Abr. schon gefandt? — Gaisbarth: Die Sache betr. R. liegt doch etwas anders. B. Anlagendes gänzlich neu. Bf. folgt pr. H. G. — Babylon: Bf. v. 9/12. erh. u. Abr. eingereicht. Weiteres war noch nicht gemeldet. Weiteres Hl. — Nubzahl: Kl. 32 20 pr. Ab. 4. Du. erh. Alles unterwegs. Bf. mehr.

Die Abfender von Tauschblättern

besonders in Frankreich, Belgien, Holland, Oesterreich-Ungarn, Schweiz etc., werden dringend gebeten, ihre Zusendungen mit haltbaren Kreuzbändern zu versehen.

Schmale Streifen von dünnem Papier zerreißen vielfach unterwegs, so daß die Blätter verloren gehen und wiederholte Reklamationen seitens der Post stattfinden.

Abhilfe ist im gegenseitigen Interesse unerlässlich.

Die Redaktion und Expedition des Sozialdemokrat.

Durch die Schriftenfiliale der „Arbeiterstimme“, Jägerstraße 12, Zürich, sowie durch die Expedition des „Sozialdemokrat“ ist zu beziehen:

Wohlgetrossene Photographie

von dem verstorbenen Genossen und früheren Reichstagsabgeordneten

Max Kayser.

Visitenkartenformat. Preis 30 Cts.

Schriften-Verzeichniß.

I. Gedichte und Unterhaltungsschriften.

	Fr.	Gr.	M.	Bl.
Arbeitermarcellaise, von Auborf.	—	02	—	02
— Dieselbe, mit Noten	—	25	—	20
Arbeiterlieder, fünf (Marcellaise, Petroleumlied etc.)	—	05	—	05
Becker, Joh. H., Neue Stunden der Andacht. Satyrische Plakate in Reimform, 6 Hefte	3	—	2	40
Bühner, G., Dantons Tod	—	50	—	40
Barke, die, Marodie auf Schiller's Glode	—	10	—	10
Daniel, in der Löwengrube. Vom Verfasser des „Neuen Wintermärchens“	—	40	—	30
Declamator, sozialdemokratischer. geb.	—	50	—	40
Diarrich, B., Sozial. Roman, übersetzt von R. Liebknecht	2	50	2	—
Dulk, A., Gedichte. In Prosa. geb.	2	—	1	50
Freiligrath, F., Gesammelte Dichtungen. 3 Bde. geb.	16	25	13	—
Gebote, die zehn, im Reich der Gottesuracht und frommen Sitte	—	2	—	2
Geib, A., Gedichte und Declamationen	—	40	—	30
Herwegh, G., Neue Gedichte	5	—	4	—
— Gedichte eines Lebendigen	4	50	3	60
Helmreich, W., Erlebtes; Skizzen und Novellen	—	50	—	40
Jacoby, I., Es werde Licht! (Poeten)	—	80	—	65
Jugendjahre, deutscher. Ein Festgesang für die reifere Jugend. Mit Illustrationen. broch.	—	80	—	65
Kaulok, M., Stephan vom Grillenhof. Roman. In Prosa. geb.	3	—	2	40
— Die Alten und die Neuen	3	—	2	40
Krafer, Dr. H., Antifallatun	—	05	—	05
— Ceterum conso	—	05	—	05
— Marcellaise des Christenthums	—	05	—	05
Kleinrich, H., Die wachstümliche Lebensgeschichte des Josua Davidsohn	1	25	1	—
Kleinrich, H., Ein Bild in die Neue Welt. geb.	3	75	3	—
Liederbuch, sozialdemokratisches. 10. veränd. Aufl. gebunden	—	50	—	40
Old-Walker, Am Wechthil der Zeit. Sozialpolitischer Roman in 3 Bänden	3	—	2	50
— Eine mittelalterliche Internationale, histor. Novelle	—	65	—	50
— Kranke Herzen. Zwei Novellen. 1. Der Traum im Walde. 2. Die letzten Wälder eines Bahnhofs	—	65	—	50
— Braunschweiger Tage, historischer Roman	3	50	3	—
— Allerhand Proletariats. Eine Hausgeschichte	—	70	—	55
— Niemi, Drama in 5 Aufzügen	—	40	—	35
Pfan, Ludwig, Gedichte	7	50	6	—
Reinhold, G., Gedichte	1	—	—	80
Schule, Der große Krach, ein Märchen für große und kleine Kinder, broch.	—	40	—	30
— Dieselbe, gebunden	—	50	—	40
Sozialistische Theaterstücke:				
Nr. 1: Ein Schlingel, als Rollen nöthige 5 Cop.	1	75	1	40
— Einzeln	—	35	—	30
Nr. 2: Preßprozesse, als Rollen nöthige 7 Cop.	1	75	1	40
— Einzeln	—	30	—	25
Nr. 3: Ein Opfer, als Rollen nöthige 20 Cop.	7	—	5	60
— Einzeln	—	50	—	40
Vor der Wahlhülft. Lustspiel in 1 Aufzuge Max Hirsch, komisches Charakterbild aus der Berliner Arbeiterbewegung	—	15	—	15
Der Staatsreich von Gaijenhausen oder die Geheimnisse der Familie Kummelhoff. (Ein Sittenbild.)	—	50	—	40
Barwirts! Eine Sammlung von Gedichten für das arbeitende Volk. 6 Lieferungen	—	50	—	40
— Dieselbe. Komplet gebunden (in roth oder braun)	4	50	3	50
— Dieselbe, gebunden. Prachtband mit Goldschnitt	6	—	4	50
Welt, die neue, illustriertes Unterhaltungsblatt 1876 bis 1878, per Jahrgang broch.	3	75	3	—
Wintermärchen, ein neues. Heine's Weich im neuen deutschen Reich der Gottesuracht und frommen Sitte	—	30	—	25